

# «Kuhhandel» kurz vor dem Abschluss

In knapp fünf Wochen kommt das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (Staf) an die Urne. Der Inhalt der Vorlage ist ebenso sperrig wie ihr Titel. Drei verschiedene Themen sind darin zu einem politischen Paket verschnürt.

von Nicolas Hehl

Grund für die Steuerreform, über die am 19. Mai abgestimmt wird, sind die Steuervergünstigungen für Holding- und andere Spezialgesellschaften. Diese Unternehmen versteuern im Ausland erzielte Gewinne in den Schweizer Kantonen kaum oder gar nicht. Im Nachgang zur Finanzkrise geriet dieses Steuerregime unter Druck von EU und OECD. Die erzwungene Abschaffung der Steuerprivilegien ist das erste Element der Staf.

Dadurch steigt die Gewinnsteuerbelastung für viele der rund 24 000 betroffenen Unternehmen sprunghaft. Es handelt sich zumeist um multinationale Konzerne. In der Schweiz sind sie für rund 150 000 Arbeitsplätze, eine grosse Nachfrage bei Dienstleistern und Zulieferern sowie fast die Hälfte der Gewinnsteuereinnahmen des Bundes verantwortlich.

## Unternehmen entlasten

Neue Vergünstigungen wie Patentbox und zusätzliche Forschungsabzüge sollen deshalb verhindern, dass diese Unternehmen in Länder mit milderem Steuerklima abwandern. Hinzu kommen die Pläne der Kantone, die Gewinnsteuersätze für sämtliche Unternehmen zu senken. Auf der anderen Seite werden aber die steuerfreien Rückzahlungen von Kapitaleinlagen und die Teilbesteuerung von Dividenden eingeschränkt. Bei der Reform der Unternehmensbesteuerung handelt es sich um den Kern der Staf.

Das dritte Element der Vorlage ist eine Finanzspritze von jährlich zwei Milliarden Franken für die AHV. Auf den gleichen Betrag werden unter dem Strich die Kosten der neuen Steuervergünstigungen geschätzt. Die Mittel für die AHV-Zusatzfinanzierung werden teils durch höhere Beiträge, teils aus der Bundeskasse finanziert.

## Quittung vom Volk

Die Verknüpfung von Steuerreform und AHV lässt sich nur vor dem Hintergrund der gescheiterten Unternehmenssteuerreform III verstehen. Auch diese sollte die Abschaffung kantonaler Steuerprivilegien mit neuen Ver-



Der Finanzminister: Bundesrat Ueli Maurer nennt die Staf ein «Kunstwerk des politischen Kompromisses». Bild Peter Klauzner / Keystone

günstigungen für alle Unternehmen abfedern.

Dagegen bildete sich eine Allianz aus linken Parteien und Organisationen, Stadtregierungen, bürgerlichen Gemeindepräsidenten, Lehrerverbänden und Kirchen, die sich gegen drohende Kürzungen zur Wehr setzte. Mit dem Urteil, das Parlament habe die Vorlage «aus der Balance gebracht», versetzte die ehemalige Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf der Unternehmenssteuerreform III den Todesstoss.

Tatsächlich hatten die Räte die Forderung der Linken nach einer Gegenfinanzierung und die Bedenken von Ge-

meinden, Städten und Organisation weitgehend ignoriert. Die Quittung bekamen sie am 12. Februar 2017, als die Stimmbevölkerung die Unternehmenssteuerreform III mit über 59 Prozent Nein versenkte.

## «Kunstwerk des politischen Kompromisses»

Der internationale Druck auf die kantonalen Steuerregimes blieb. Im Eiltempo erarbeiteten Bundesrat und Kantone eine Neuauflage, die eine Aufstockung der Kinderzulagen als sozialen Ausgleich vorsah. Diese Lösung erwies sich als nicht mehrheitsfähig. Daraufhin entwarf die Wirtschafts-

kommission des Ständerats den «AHV-Steuer-Deal». Dieser könnte als «kleines Kunstwerk des politischen Kompromisses» (Bundesrat Ueli Maurer) in die Schweizer Politgeschichte eingehen.

Die Staf verknüpft das dringende Anliegen, die Abschaffung international nicht mehr akzeptierter Steuerregimes für die betroffenen Unternehmen tragbar zu machen, mit einer kaum weniger dringenden Finanzspritze für die AHV. Die Probleme der AHV mit der Demografie sind ungelöst, nachdem 2017 eine AHV-Reform auch im dritten Anlauf gescheitert war.

## Linke lässt sich Deal vergolden

Die AHV-Zusatzfinanzierung ist ein Zugeständnis an die Linke, die den Widerstand gegen die Unternehmenssteuerreform III angeführt hatte. Den gleichen Hintergrund haben die Anpassungen beim Kapitaleinlageprinzip und bei der Dividendenbesteuerung. Auf der Haben-Seite der Linken steht auch die erste Erhöhung der AHV-Beitragsätze seit 1975 sowie eine Entlastung des Vorsorgewerks, die strukturelle Reformen weniger dringlich erscheinen lassen.



Entsprechend heftig war zunächst der Widerstand von rechts. Die SVP stimmte im Parlament gegen die Staf. Weil erhebliche wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel stehen, ist sie inzwischen ins Wanken geraten: Für den Urnengang hat die SVP Schweiz Stimmfreigabe beschlossen, viele Kantonalparteien sagen Ja. Den Widerstand gegen die Vorlage organisieren Grüne, Juso und gewerkschaftliche Linke sowie die bürgerlichen Jungparteien.

## Unterschiedliche Einwände

Nach Ansicht der linken Gegner handelt es sich bei der Staf um alten Wein in neuen Schläuchen, von dem nur Unternehmen und einige wenige Kantone profitierten. Den Gegnern aus dem bürgerlichen Lager ist die Verknüpfung von AHV-Finanzierung und Unternehmenssteuerreform ein Dorn im Auge. Sie sehen darin einen unredlichen Kuhhandel.

Erste Erhebungen bei den Stimmberechtigten schliessen eine Zustimmung an der Urne jedoch nicht aus. Die Tamedia-Umfrage von Anfang April zeigte klare 62 Prozent Ja-Stimmen. Die am vergangenen Freitag publizierte SRG-Umfrage ergab ein weniger eindeutiges Ergebnis von 54 Prozent Ja.

## Soll über AHV und Steuern im Paket befunden werden?

### PRO

**Martin Schmid**  
Bündner  
FDP-Ständerat



«Es gibt derzeit keine bessere Vorlage für die zwei wichtigen Dossiers.»

Das Volk hat die erste Steuerreform, welche die privilegierten Steuerregimes zugunsten der Unternehmen abschaffen wollte, abgelehnt. Damit ist das Problem jedoch nicht gelöst. Die Schweiz steht unter star-

kem ausländischem Druck und es besteht die Gefahr, dass ohne Anpassungen der Gesetzgebungen erhebliche Steuerausfälle auf Bundesebene eintreten. Steuererträge könnten sofort ins Ausland abwandern, was niemand will.

Die Staf-Vorlage möchte Rechts- und Planungssicherheit für Unternehmen schaffen und für weiterhin attraktive, international akzeptierte Standortbedingungen sorgen. Sie hat das Ziel, wichtige Steuereinnahmen und wertschöpfungsintensive Arbeitsplätze in der Schweiz zu erhalten. Gleichzeitig wissen wir alle: Die Finanzlage der AHV verschlechtert sich. Allein 2018 ging das Anlagevermögen der AHV um 2,5 Milliarden Franken zurück. Deshalb hat das Parlament beschlossen, mit der Zusatzfinanzierung für die AHV einen sozialen Ausgleich

der Vorlage zu schaffen. Dadurch lassen sich die Renten bis zu einer umfassenden AHV-Reform sichern. Aufgrund der Tatsache, dass wir immer älter werden, muss die kommen. Aus Sicht des Ständerats ist die Staf-Vorlage die richtige Antwort auf Herausforderungen in der Standortpolitik und der Altersvorsorge. Einerseits geht es darum, dass die Schweiz die Steuereinnahmen der Unternehmen sichern kann, andererseits erhält die AHV eine Finanzierungsverbesserung.

Ich verstehe, dass teilweise Kritik an der Verknüpfung verschiedener Themen geäussert wird. Ich habe dieser Vorlage trotzdem zugestimmt, weil ich überzeugt bin, dass es im Moment keine bessere mehrheitsfähige Vorlage für die zwei wichtigen und dringenden Dossiers gibt.

### CONTRA

**Verena Herzog**  
Thurgauer  
SVP-Nationalrätin



«Solche Päcklilösungen zeugen von unseriöser Politik.»

Ist die Politik tatsächlich nicht mehr in der Lage, dringend notwendige, vielleicht auch unpopuläre Massnahmen der Bevölkerung zu erklären? Es scheint zur Gewohnheit zu werden, sachfremde Vorlagen miteinander

zu einer Päcklilösung zu schnüren. Wie können sich Bürgerinnen und Bürger zu einer Vorlage äussern, die mehrere unterschiedliche Fragen miteinander verknüpft? Ein Ja-Nein oder Nein-Ja gibt es nicht. Das neueste Beispiel ist die unseriöse Verknüpfung einer sozialpolitischen mit einer steuerpolitischen Vorlage.

Indem man Geld in den AHV-Fonds transferiert, soll ein Ja zur Steuervorlage erkaufte werden. Aber beide Vorlagen würden den Staatshaushalt massiv belasten. Zudem müssten die Lohnbeiträge erhöht werden, und damit würde eine weitere Belastung des Mittelstandes mit Zwangsabgaben zementiert. Die finanziellen Probleme der AHV würden nur aufgeschoben. Die dringend notwendigen strukturellen Anpassungen wurden von

der Parlamentsmehrheit verhindert, nach dem Stil «Nach mir die Sintflut». Das Aufschieben und Verhindern einer echten Lösung wird die kommenden Generationen noch viel teurer zu stehen kommen.

Die Politik wäre gefordert, Lösungen ehrlich zu präsentieren und Probleme an den Wurzeln anzupacken. Die Wirtschaftsführer und Verbände müssten in der Lage sein, glaubhaft die Stimmbevölkerung von der Notwendigkeit einer Steuerreform zu überzeugen. Einer fairen und schlanken Steuervorlage würde viel eher zugestimmt.

Die unglückselige Verknüpfung zweier sachfremder Vorlagen ist ein politischer Sündenfall. Es kann nicht sein, dass das Volk immer wieder beschwichtigt wird mit der Begründung «Es muss jetzt einfach sein».